



HESSISCHER LANDTAG

20. 06. 2006

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Bau der A 44 unverzüglich fortsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Im Interesse der Menschen in Nordhessen muss die A 44 möglichst schnell weitergebaut werden.
2. Der Landtag stellt fest, dass für das einzige bislang gebaute Teilstück der A 44 die Planfeststellung noch unter einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung erzielt worden ist. Seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Koch im Jahre 1999 ist es nicht gelungen, auch für nur einen weiteren Autobahnkilometer eine rechtskräftige Planfeststellung zu erwirken.
3. Der Landtag rügt die Entscheidung der Landesregierung, bis zu einer Entscheidung im Hauptverfahren nicht mit den Bauarbeiten zu beginnen.
4. Der Landtag stellt zudem fest, dass nicht der Kammolch das größte Ausbauhindernis ist, sondern das Unvermögen der Landesregierung.

Begründung:

Die Ankündigung der Landesregierung, beim Weiterbau der A 44 erst auf eine Entscheidung im Hauptverfahren zu warten, verschleppt eine der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen für Nordhessen in unzumutbarer Weise und stellt einen eklatanten Wortbruch gegenüber der ganzen Region dar. Während sich Ministerpräsident Koch und Wirtschaftsminister Rhiel in den vergangenen Jahren in großer Ankündigungsrhetorik geübt und gegen die Blockadepolitik des BUND bei der A 44 gewettert haben, knickt die Landesregierung nun sang- und klanglos ein. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Landesregierung nicht weiter Druck macht und die Chance vergibt, den Bau der A 44 unverzüglich nach einer Entscheidung über den Eilantrag des BUND fortzusetzen. Minister Rhiel ist wieder einmal als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet - zum Schaden der Landesentwicklung und der Menschen in Nordhessen.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die vollmundigen Aussagen der Landesregierung zum Weiterbau der A 44. Fakt ist: Nicht ein Meter der A 44, der nicht schon unter Wirtschaftsminister Klemm (SPD) geplant worden war, ist bisher unter der Regierung Koch realisiert worden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Wirtschaftsminister Rhiel der durch den Planfeststellungsbeschluss abgesegneten Neuplanung nicht mehr vertraut und das Bauprojekt nicht mit allem Nachdruck fortführen will. Wer Baurecht hat, muss bauen! Dies ist die Landesregierung den Menschen in Nordhessen und der Entwicklung der Region schuldig.

Wiesbaden, 20. Juni 2006

Der Fraktionsvorsitzende:
Walter